

Hey, wir haben da ein Problem!

50 Millionen Euro Kürzungen betreffen auch dich!

Liebe Kolleg:innen,

bereits jetzt erleben wir massive Kürzungen im sozialen Bereich und in der nächsten Zeit werden weitere beschlossen. Die Kommunikation darüber ist von der Stadt und der sog. „Arbeitsgemeinschaft Zukunftssicherungsprozess“ nicht ausreichend transparent. Wir vom Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit möchten euch deshalb über den aktuellen Stand (Juni 2026) der Kürzungen im sozialen Bereich informieren:

Was wir wissen:

Geplant ist eine Kürzung des Zuschussvolumens des Sozialreferats an die Freien Träger um rund 50 Millionen Euro* - von ursprünglich 350 Millionen auf 300 Millionen Euro. Die Kürzungen sollen **vom Stadtrat Ende des Jahres 2026 beschlossen** und spätestens ab 01.01.2028 umgesetzt werden. Wir erleben, dass viele Informationen nicht transparent gemacht werden. Das führt zu großer Verunsicherung darüber, wie sich die Kürzungen wirklich auf unsere Arbeit auswirken werden. Bei solch drastischen Kürzungen kann von „Zukunftssicherung“ keine Rede sein.

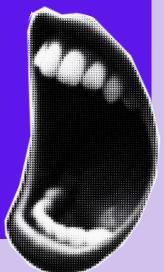
Bereits bestehende Kürzungen:

Es werden keine Tarif- oder Mietsteigerungen mehr an die Träger weitergegeben und für das Jahr 2026 wurden bereits 44 Millionen gekürzt (insb. in der Asylsozialarbeit). Auch Mittel für Fortbildungen und Dolmetscher:innen wurden **um 50% gekürzt**. So werden Stellen schon jetzt nicht mehr nachbesetzt und Einrichtungen müssen ihr Angebot einschränken.

Einige **Einrichtungen wurden bereits geschlossen** und wir gehen davon aus, dass durch den sog. „Zukunftssicherungsprozess“ noch weitere Einrichtungen schließen werden. Auch **Praktikumsplätze für Studierende fehlen** zunehmend bzw. können nicht ausreichend finanziert werden.

Im Sozialreferat besteht seit Herbst 2024 eine „Einstellungspause“, was dazu führt, dass derzeit ca. 700 Vollzeitstellen unbesetzt sind - Tendenz steigend. Das führt zu einer enormen Überlastung der Kolleg:innen und drastischen Verzögerungen bspw. bei der Antragsbearbeitung.

* unterstrichene Passagen führen zu den Quellen



Der sog. "Zukunftssicherungsprozess"

Um zu entscheiden, welche Projekte gekürzt werden, hat die Sozialreferatsleitung gemeinsam mit der ARGE Freie Wohlfahrt München, dem KJR und dem Münchner Trichter die "AG Zukunftssicherung" gegründet. Die genaue Ausgestaltung dieses Prozesses ist **nicht öffentlich** und wird nur innerhalb des Kreises der "AG Zukunftssicherung" verhandelt. In diesem Prozess soll festgelegt werden, welche Angebote für München weiterhin „relevant“ und nötig sind und **welche Angebote gestrichen werden**. Die Kriterien, anhand derer das Weiterbestehen der Angebote entschieden wird, sind **nicht ausreichend transparent** kommuniziert und die betroffenen Träger werden letztendlich vor vollendete Tatsachen gestellt. **Betriebsbedingte Kündigungen** sollen laut Aussage aller Beteiligten möglichst vermieden werden. Für uns ist so **nicht nachvollziehbar**, wie ca. **500 Stellen** (das entspricht in etwa den angekündigten Kürzungen) bei den freien Trägern gestrichen werden sollen, ohne Kündigungen zu realisieren. Wir verstehen diese Aussage als **eine Ablenkung** und ein Herunterspielen der Tatsachen, damit Entscheidungen ohne Widerstand seitens der Betroffenen gefällt werden können.

Was sind die Folgen davon?

Diese Kürzungen werden **drastische Konsequenzen**, sowohl für die Adressat:innen der Sozialen Arbeit, als auch für uns als Mitarbeitende, aber auch für die gesamte Stadtgesellschaft haben. **Projekte werden eingestellt**, (kleine) Träger werden vermutlich geschlossen werden und zahlreiche Kolleg:innen ihre Stellen verlieren. Die Angebotsstruktur in München wird **immens ausgedünnt** und Menschen werden noch länger auf angemessene Unterstützung warten müssen oder teilweise keine Unterstützung mehr erhalten. Diese Kürzungen gehen vorbei an den Bedarfen der Menschen und der Stadt und werden zu einer **massiven Überlastung** der verbleibenden Angebote und Kolleg:innen führen. Bereits jetzt arbeiten viele Menschen an der Belastungsgrenze und bei den bevorstehenden Kürzungen werden wir dem **fachlichen Anspruch** überhaupt nicht mehr gerecht werden können.

Wie soll unter diesen Bedingungen eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in einer wachsenden Stadt aufrechterhalten werden – insbesondere angesichts multipler Krisen und eines **steigenden Bedarfs** an psychosozialer Unterstützung? Können wir unseren professionellen Auftrag unter solchen Bedingungen noch angemessen erfüllen? Wir blicken mit großer Sorge auf diese Entwicklungen.

Unsere Forderungen:

- Keine Kürzungen im sozialen Bereich!
- Solidarität mit allen Kolleg:innen!
- Sprecht mit euren Kolleg:innen, vernetzt euch und tauscht euch aus. Wir und unsere Klient:innen sind von diesen Kürzungen betroffen. Lasst uns zusammenkommen und dagegen aktiv werden.

Termine findet ihr auf der [Webseite](#) und auf [Instagram](#).

